

# Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts

Karin Büchter

## Zusammenfassung

*Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben gehört im Zusammenhang mit regionaler Strukturförderung seit den 1990er Jahren zu den zentralen Themen (beruflicher) Weiterbildungspolitik, -diskussion und -forschung. In dem vorliegenden Beitrag wird jenseits aktueller Programmatiken von einer historischen Kontinuität solcher Kooperationen ausgegangen. Anhand von historiographischen Anhaltspunkten und einigen Quellenfragmenten wird ein erster Einblick gegeben in Kooperationsimpulse und -motive, Kooperationsbeziehungen und -gegenstände zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts. Es kann angenommen werden, dass damals wie heute Kooperationen in der Weiterbildung inhärenter Bestandteil alltäglicher Weiterbildungspraxis waren, und ferner, dass für diese Kooperationsinitiativen Okkasionalität, Dezentralität und Unterreguliertheit typisch, aber auch wirksam waren. Auch dies hat historische Kontinuität.*

## 1. Einleitung

Kooperation in der Weiterbildung gehört seit den 1970er Jahren zu den zentralen Themen in der Weiterbildungsdiskussion und -forschung. Der Deutsche Bildungsrat (1970) stellte in seinem Strukturplan fest: „Die Verwirklichung der Integration und der gleichzeitige Ausbau der Weiterbildung (...) ist nur durch eine umfassende Kooperation aller Beteiligten möglich“ (S. 208). Hatten die Forderungen der 1970er/1980er Jahre nach mehr Kooperation in der Weiterbildung vor allem die Zusammenarbeit zwischen expliziten Weiterbildungseinrichtungen im Blick, so sind diejenigen seit den 1990er Jahren stärker eingebunden in die regionale Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung und richten sich nicht mehr nur an Anbieter, deren primäre Zielbestimmung Weiterbildung ist, sondern zunehmend auch an solche, die weiterbildungsimplizite Ziele verfolgen, die also Weiterbildung für übergeordnete Zwecke funktionalisieren, wie Arbeitsverwaltungen, Körperschaften und Betriebe. Vor allem Betrieben, deren primärer Zweck in der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen

auf dem Markt besteht, und die je nach Arbeitsorganisation und Aufgabengestaltung mehr oder weniger qualifiziertes Personal beschäftigen, wird von nun an als Kooperationspartnern in der Weiterbildung eine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Auch wenn die Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben erst von nun an intensiver diskutiert, gefordert und auch beforscht worden ist, kann davon ausgegangen werden, dass dies kein junges Phänomen ist, sondern sich sowohl als Praxis als auch als Forderung in der Geschichte der Weiterbildung nachweisen lässt. Zwar liegen in der Erwachsenenbildungs-/Weiterbildungsforschung einige historiographische Arbeiten mit unterschiedlichen Fokussierungen vor, allerdings sind die beruflich-betriebliche Weiterbildung, die Einbindung allgemeiner Erwachsenenbildung in die betriebliche Beschäftigungs- und Sozialpolitik und umgekehrt die Inanspruchnahme von betrieblichen Angeboten für öffentliche bzw. betriebsexterne Weiterbildung bislang kaum systematisch erforscht.

Im vorliegenden Beitrag wird davon ausgegangen, dass die Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben eine historische Kontinuität hat, die sich mindestens bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass anders als in der auf die Gegenwart bezogenen Forschung zur Weiterbildungskooperation, in der anhand von empirischen Daten beispielsweise Beziehungen, Verständnisse, Motive, Interessen, Inhalte und Gegenstände, Formen sowie Intensitäten von Kooperationen in der Weiterbildung beschrieben und analysiert werden können, eine entsprechende historiographische Forschung aus den dargelegten Gründen bislang (noch) nicht möglich ist. Insofern können die folgenden Ausführungen auch nicht auf eine konsistente Rekonstruktion zielen, sondern eher auf eine Art Generierung von Hypothesen, eine Darstellung von Plausibilitätsannahmen sowie auf Hinweise für historiographische Zugänge.

Nicht endgültig gelöst ist die Frage nach der richtigen Begriffswahl und deshalb auch nicht ganz zufriedenstellend der in diesem Beitrag benutzte Begriff der Weiterbildung als Oberbegriff. Angesprochen werden zweckbezogene Angebote von wirtschaftsnahen Verbänden und Vereinen, von öffentlichen beruflichen Einrichtungen, Körperschaften und Betrieben, die bereits damals selber den Begriff Weiterbildung benutzt haben. Es wird aber auch um die Kooperation mit Volkshochschulen gehen, die Anbieter der allgemeinen und kulturellen Erwachsenenbildung waren. In der Kooperation mit Betrieben wurde diese dann allerdings eingebunden in die betriebliche Sozialpolitik und damit für bestimmte Zwecke funktionalisiert.

## **2. Kooperationsimpulse und -motive**

Die Annahme, Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben hätten historische Kontinuität, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts reicht, setzt voraus, dass auch die Existenz von (beruflichen) Weiterbildungseinrichtungen eine entsprechend lange Kontinuität hat, und dass auch Betriebe bereits damals einen Bedarf an Weiterbildung hatten, zumindest für sich einen Nutzen in Weiterbildung sahen. Anhaltspunkte hierfür liefern bereits unterschiedliche historiographische Befunde zur Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialpolitik Mitte/Ende des

19. Jahrhunderts. Insbesondere die Historiographien, die sich mit den realhistorischen Auswirkungen der für das Ende des 19. Jahrhunderts charakteristischen Bewegungsprozesse, wie die Reformpädagogik, die Individualisierung von Lebenslagen, die Kopplung individuell-biographischer Gestaltung an Arbeit, Beruf und Bildung, die ökonomische Liberalisierung in Kombination mit dem technologischen Fortschritt und die veränderten Anforderungen an die Arbeiterqualifikationen sowie die strukturellen Entwicklungen des (Berufs-)Bildungswesens befasst haben, geben eine Reihe solcher Anhaltspunkte (vgl. Berg 1991). Auch zeitgenössische Aussagen lassen darauf schließen, dass neben der allgemeinen Erwachsenenbildung auch die berufliche Weiterbildung bedeutsam wurde. So schlussfolgerte der Ökonom Gustav Schmoller (1888), dass es von nun an vor allem um „die dauernde individuelle, das ganze Leben ergreifende und beherrschende Anpassung an eine spezialisierte Lebensaufgabe“ (S. 47) gehe.

Nachweisbar ist inzwischen, dass sich Ende des 19. Jahrhunderts eine heterogene Landschaft an Weiterbildung anbietenden Einrichtungen ausdifferenziert hat, die in unterschiedlicher Intensität, mit unterschiedlichen Interessen, Zielen und Angeboten und für unterschiedliche Teilnehmende aktiv waren. So haben sich verschiedene Verbände, Vereine, Ausschüsse konstituiert bzw. weiterentwickelt, die in irgendeiner Form Erwachsenenbildung und Weiterbildung angeboten haben: Volksbildungsvereinigungen, Büchereivereine, Kunstpflegevereinigungen, Wohlfahrtsvereine, konfessionelle und parteipolitische Verbände, Frauen- und Jugendverbände, Beamten- und Lehrerverbände, Arbeiterbildungsvereine, Handwerkervereine, landwirtschaftliche und kaufmännische Vereine, Gewerbe- und Berufsvereine, Produktions- und Konsumgenossenschaften, Genossenschaften, Königliche Werkstätten, der „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse“ und der „Verein für Socialpolitik“ (vgl. Laack 1984; Langewiesche 1989; Seitter 2007). Auf vollständige Systematiken von Anbietern der Erwachsenenbildung/Weiterbildung in dieser Ausdifferenzierungsphase kann jedoch nicht zurückgegriffen werden. Zwar sind bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Übersichten über „Volksbildungsangebote“ geliefert worden, etwa durch das 1909 von Erdberg (1910) gegründete Organ „Volksbildungsarchiv“, durch die Versuche von Honigsheim (1921) und durch das „Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern“ (1924/1926) mit seinem „Nachweiser für das deutsche Volksbildungswesen“. Diese gaben aber in erster Linie Eindrücke von der Entwicklung der zweckfreien Erwachsenenbildung und grenzten den bereits damals existierenden Bereich der beruflichen Weiterbildung vollständig aus. Dennoch kann inzwischen aufgrund einiger historischer Quellen davon ausgegangen werden, dass die Gründungen und Entwicklungen von Weiterbildungseinrichtungen Ende des 19. Jahrhunderts einen enormen Schub bekommen haben (vgl. Lipsmeier 2010; Büchter 2010 b).

Ebenso lässt sich mittlerweile nachweisen, dass auch industrielle Betriebe zu dieser Zeit ein Interesse an Weiterbildung ihrer Beschäftigten hatten und sich hierfür engagierten (vgl. ebd.). Hintergründe hierfür stellen die damaligen sozioökonomischen und beschäftigungspolitischen Entwicklungen dar. So nahm im Zuge der Gewerbeförderpolitik die Anzahl an produzierenden Betriebsstätten, die Fragen zur

Gewinnung und Bindung von Arbeitskräften hatten, rapide zu. Gleichzeitig erforderten die ökonomisch-technologische Entwicklung, die Intensivierung von Handel und Verkehr sowie die Verfeinerung und Mechanisierung von Verfahrens-, Verwaltungs- und Kommunikationsabläufen berufliche und qualifikatorische Umstrukturierungen. Die industrielle Arbeitsteilung, die Hierarchisierung betrieblicher Organisationen und die Auffächerung von Arbeits- und Berufstätigkeiten führten bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zum sukzessiven Ausbau betriebsinterner Arbeitsmärkte mit eigenen Aufstiegsmöglichkeiten und einem betriebsspezifischen Bedarf an Qualifikationen. Die Industriebetriebe reagierten hierauf zunächst nur schleppend mit eigener beruflicher Erstausbildung und versuchten statt dessen, über arbeits- und berufsbezogene Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbauqualifizierungen ihren betriebsspezifischen Qualifikationsbedarf zu decken. Doch auch nach dem Ausbau industrietypischer Ausbildung sowie der Ausdifferenzierung des Berufs- und Fachschulwesens in der Weimarer Republik waren Arbeitgeber auf besondere berufsbezogene Weiterbildungsangebote angewiesen, da die formalisierte Berufsausbildung betriebsspezifischen Qualifikationsbedarf, etwa im Zuge von Umstellungen in der Produktion und Beschäftigungsschwankungen, nicht immer adäquat decken konnte (vgl. Büchter 2010, S. 41). Hinzu kommt, dass sie im Zuge ihrer Sozialpolitik und aufgrund ihres Interesses am „industriellen Frieden“ (Davis/Lüddecke 1928) darum bemüht waren, die Arbeiter von gewerkschaftlichen Agitationen fern zu halten, ihre Arbeitskraft aufrechtzuerhalten, sie mit ihren Lebenswelten zu fassen und zu diesem Zweck allgemeine und kulturelle Bildungs- und Freizeitangebote auszubauen. Auch dies stellt einen besonderen Impuls für das betriebliche Interesse an Erwachsenenbildung/Weiterbildung dar.

Die Existenz von Weiterbildungseinrichtungen Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts sowie das betriebliche Interesse und Engagement für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten sind für sich betrachtet noch keine Belege für Kooperationen zwischen diesen beiden Seiten. Hypothetisch kann aber formuliert werden, dass dann, wenn Angebote von Weiterbildungseinrichtungen zur eigenen Legitimation und Reproduktion nicht nur von (potenziellen) Teilnehmenden als (berufs-)biographisch sinnvoll eingeschätzt werden müssen, und gleichzeitig die Einrichtungen hierzu auch auf andere Institutionen bzw. gesellschaftliche Teilsysteme, insbesondere das Bildungssystem und das Beschäftigungssystem, bezogen sein müssen, sie auf die Kooperation mit anderen Institutionen, darunter auch mit Betrieben angewiesen sind. Auf Seiten von Betrieben ergibt sich ein Kooperationsbedarf mit Weiterbildungseinrichtungen insofern, als diese je nach ihrem Stand der Technisierung und Organisation von Arbeit, nach Art der Ausdifferenzierung von Arbeitsplatz- und Aufgabenstruktur sowie nach der jeweiligen Sozialpolitik und Unternehmenskultur einen spezifischen Bedarf an funktional und extrafunktional qualifizierten Beschäftigten haben, den sie nicht vollständig selber decken können oder wollen.

In den folgenden Ausführungen geht es darum, anhand von einzelnen Bausteinen und daher nur fragmentarisch zu zeigen, *dass* Weiterbildungseinrichtungen und Betriebe Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts kooperiert haben, *wer* Kooperationspartner waren und worum es bei Kooperationen ging.

### 3. Kooperationsbeziehungen und -gegenstände

Anknüpfungspunkt für die folgende Darstellung sind frühere Arbeiten zur Geschichte beruflicher Weiterbildung (vgl. Büchter 2002, 2010 a, b), die u. a. Typologien von Weiterbildungsanbietern seit 1870 enthalten, die hier noch einmal unter dem Aspekt von Kooperation mit Betrieben beschrieben werden.

#### *3.1 Kooperationen zwischen Volkshochschulen und Betrieben in der allgemeinen und kulturellen Erwachsenenbildung*

Das außerschulische, von staatlicher Aufsicht und Regelung unabhängige und zweckfreie Volksbildungswesen, expandierte vor allem nach dem Ersten Weltkrieg und ging hierbei auch Kooperationen mit Betrieben ein. Diese konzentrierte sich dem Anspruch der damaligen zweckfreien Volksbildung entsprechend nicht ausschließlich, jedoch überwiegend auf den Austausch über allgemeine und kulturelle Erwachsenenbildung. So gibt es einige Hinweise zu Kooperationen zwischen Volkshochschulen und den Bildungsabteilungen von Großbetrieben (vgl. Dikau 1968). Volkshochschulen verbreiteten beispielsweise Informationen über ihre Angebote in den Werkzeugzei- tungen, und Betriebe teilten den Volkshochschulen ihren Bildungsbedarf mit. Eine enge Zusammenarbeit gab es zwischen der Robert-Bosch AG und dem Stuttgarter „Verein zur Förderung der Volksbildung“, bei der es um den gegenseitigen Austausch über Angebot und Nachfrage von kulturell-literarischen Kursen ging (Der Bosch-Zünder 1921, S. 328). Die Fabrikpflegerin der Robert-Bosch AG organisierte in Kooperation mit der Stuttgarter Volkshochschule spezielle „Frauenkurse“ für Arbeiterinnen. In Werkzeugzei- tungen wurden zudem Artikel über Volkshochschulbildung publiziert, in denen auf den Sinn der Volksbildung und Volkshochschulen hingewiesen wurde (vgl. Wagner 1920). In einem Artikel über „Gedanken über Volksbildung“ (Schönhaar 1920) heißt es: „Da auch der Bosch-Zünder den Willen hat, Beiträge zur Volksbildung zu leisten, werden sich Versuche, ihn bei diesem Bestreben in genanntem Sinne zu unterstützen, hoffentlich lohnen“ (S. 270). Zudem waren hier Texte von Theodor Bäuerle, wie „Volksbildung und Arbeiterschaft“ (1923) und „Beruf und Persönlichkeit“ (1924), zu lesen. Zu erwähnen ist an dieser Stelle aber auch, dass die Betriebe im Zuge ihrer Autonomiebestrebungen (vgl. Büchter 2002) bemüht waren, sich weitgehend unabhängig von Volkshochschulen zu machen und auf den „Bildungshunger“ der Arbeiterschaft lieber mit eigenen volkshochschulähnlichen Angeboten reagierten. So hatte die Firma Krupp ein umfassendes Bildungsprogramm aufgelegt. Auch in anderen Großbetrieben wurde die betriebliche Erwachsenenbildung intensiviert. Neben Musik- und Theaterkursen und -veranstaltungen konnten die Beschäftigten an Reimkursen, Wanderfahrten, Sportkursen etc. teilnehmen. Die meisten Werkzeugzei- tungen hatten eine ganze Seite, mindestens bestimmte Rubriken reserviert, in denen auf Konzert- und Vortragsreihen, Kulturfilm-Vorträge und sonstige Kurse kommentierend hingewiesen wurde. Unter der Rubrik „Billige Feierstunden“ in ihrer Werkzeugzeitung schlug beispielsweise die Firma Osram ihren Beschäftigten Freizeitgestaltungsmöglichkeiten vor (Osram-Nachrichten 1923, S. 44). Ratgeber beim Aufbau

betrieblicher (allgemeiner und kultureller) Erwachsenenbildung waren unter anderem Volkshochschulvertreter und seit Ende der 1920er Jahre Vertreter der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung (vgl. Büchter 2003).

### *3.2 Kooperationen zwischen wirtschaftsnahen Verbänden, Vereinen, Ausschüssen, Instituten und Betrieben zur Förderung von beruflicher Leistung und Loyalität*

Wichtige kooperierende Partner von Betrieben, insbesondere im Hinblick auf die Förderung von fachlicher Leistung und Loyalität betrieblicher Belegschaften, waren wirtschaftsnahe Verbände und Vereine, Berufsverbände, Innungen, selbstorganisierte Zusammenschlüsse Berufstätiger und wirtschaftlich Verantwortlicher. So war es der Zweck des im Jahre 1858 gegründeten Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), „ein innesiges Zusammenwirken der geistigen Kräfte deutscher Technik zur gegenseitigen Anregung und Fortbildung im Interesse der gesamten Industrie Deutschlands“ (zit. n. Hellmich 1929, S. 625) zu fördern. Der 1916 gegründete „Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine“, der sich als Dachorganisation der bis dahin 42 Vereinen verstand, sah eine seiner Hauptaufgaben in der Verbreitung von Wissen innerhalb des freien Bildungswesens und für die hochqualifizierte Belegschaft industrieller Großbetriebe (vgl. ebd. S. 626).

Der auf Initiative des (VDI) und des Verbandes Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) 1908 gegründete Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen (DATSCH) befasste sich auch mit Fragen nach der Weiterbildung der Facharbeiter, der Meister und der technischen Ingenieure (vgl. DATSCH 1914, S. 178). Einen wichtigen Kooperationspartner bei der betrieblichen Erwachsenenbildung nahm das 1925 von Eisenhüttenmännern gegründete „Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung“ (DINTA) ein. Zu den Themen der DINTA-Weiterbildung für Ingenieure gehörten: „praktische Ausbildungsarbeit“, „Facharbeiterprüffragen“, „Betriebsführung“, „Schulwesen/Pädagogik“, „Jugendpflege“, „Werkpflege“. Um dem Arbeiter, wenn er am Abend nach Hause kommt, von häuslichen und familiären Belastungen zu befreien, damit er sich „sorgenfrei“ und „unbelastet am Arbeitsort der Arbeit hingeben“ (Bäumer 1930, S. 87) konnte, schlug das DINTA betriebliche Maßnahmen zur „Entsorgung des Arbeiters daheim“ (ebd.) vor, die an Arbeiterfrauen gerichtet waren und sich inhaltlich auf Kinderpflege, Haushaltung und Gesundheit beschränken sollten.

### *3.3 Kooperationen zwischen Körperschaften des öffentlichen Rechts und Betrieben zur Aufstiegsqualifizierung*

Auch Kammern spielten als Körperschaften des öffentlichen Rechts, „die zur Errichtung von Unterrichtsanstalten nach dem Gesetz befugt oder verpflichtet sind“ (Böhm 1929, S. 544), eine wesentliche Rolle. Unter der Regie der im Zuge des Handwerkergesetzes von 1897 gegründeten Handwerkskammern fanden bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts diverse Kurse zur beruflichen Weiterbildung statt, die sich in erster Linie aus den Meisterkursen und den sogenannten Instruktions- und

Führerkursen zusammensetzten (vgl. Haußer 1929, S. 637). Das 1927 gegründete Deutsche Handwerkerinstitut, das sich als „eine Art Hochschule für Handwerkswirtschaft und Handwerksarbeit“ (ebd. S. 641) verstand, wollte für jene Gelegenheit zur Aus- und Weiterbildung bieten, „die als Beauftragte, Geschäftsführer von Organisationen, Verwaltungsbeamte, Volkswirte, Lehrer für das Handwerk tätig“ (ebd. S. 641) waren. Parallel dazu engagierten sich auch Handelskammern in der Weiterbildung von Angestellten im kaufmännischen Bereich. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben mehr Kammern ihre Bildungsaktivitäten auf die Weiterbildung ausgedehnt und damit auch die Aufgabenbereiche der zuständigen Ausschüsse. So hat beispielsweise die Industrie- und Handelskammer zu Altona den ständigen Ausschuss „für das kaufmännische Fortbildungsschulwesen“ (IHK Altona 1926, S. 57) im Jahre 1928 umbenannt in den Ausschuss „für das kaufmännische und gewerbliche Bildungswesen“ (1928, S. 68).

### *3.4 Kooperationen mit Berufsschulen, Wohlfahrtseinrichtungen und Volkshochschulen im Kontext der Arbeitsmarktpolitik*

In der historiographischen Erwachsenenbildungs-/Weiterbildungsforschung liegen vereinzelt Arbeiten zu Erwachsenenbildung/Weiterbildung und Erwerbslosigkeit vor (vgl. Brödel 1984; Reh 1995; Büchter/Kipp 2002 a). Dass dieses Thema insbesondere in den 1920er Jahren eine auch politisch bedeutende Rolle gespielt hat, belegen zudem die vielen einschlägigen Quellen und Dokumente aus dieser Zeit (vgl. Büchter 2010).

Im Zuge der aktiven Erwerbslosenfürsorge Ende des 19. Jahrhunderts wurde auch die Schulung für Arbeitslose erstmals explizit in den arbeitsmarktpolitischen Überlegungen des Staates berücksichtigt. 1920 hat der damalige Reichsarbeitsminister die „Grundsätze über die Förderung der Schulung Erwerbsloser aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge“ herausgegeben (vgl. Rauecker 1922, S. 22). Bereits bis zur Verabschiedung des „Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ und der Errichtung der „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ Ende der 1920er Jahre war die Weiterqualifizierung Arbeitsloser als arbeitsmarktpolitisches Instrument erkannt (vgl. Büchter/Kipp 2002). Da die Arbeitsverwaltungen selbst keine Schulungsstätten besaßen, fand der Unterricht für Arbeitslose in unterschiedlichen Einrichtungen statt: „Die öffentlichen Arbeitsnachweise bedienen sich daher zur Durchführung der Maßnahmen insbesondere der Berufsschulen, ihrer Erfahrungen wie ihrer Einrichtungen und Lehrkräfte, greifen aber auch auf sonstige Bildungsstätten aller Art zurück (Handels-, Gewerbeschulen, Volkshochschulen, Gewerkschaftseinrichtungen, Stenographenvereine, Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, gemeinnützige Verbände und dgl. mehr)“ (Benda 1927, S.). Auch wenn die Volkshochschulen gegenüber den Arbeitsämtern auf dem Prinzip der Zweckfreiheit von Erwachsenenbildung insistierten, waren in der Volkshochschulpraxis vor dem Hintergrund der dramatischen Zunahme der Arbeitslosenzahlen seit Mitte der 1920er Jahre berufliche Arbeitslosenschulungen nichts Ungewöhnliches mehr. Deutlich wurde, dass wenn die Volksbildung, „in breiteren Kreisen

der Erwerbslosen das Interesse für sinnvolle Nutzung der erzwungenen Freizeit wecken (will), (sich) auf die primitiveren und materiellen Bedürfnisse der großen Masse der Arbeiter einstellen (muss), d. h., sie muss der ‚Schulung‘ einen breiteren Raum neben der ‚Bildung‘ einräumen als es sonst bei ihr üblich ist“ (Keiser 1928, S. 180). In diesem Zusammenhang kam es zu unterschiedlichen Kooperationen mit Wirtschaftsbetrieben, sei es durch die Rekrutierung von Lehrkräften aus der betrieblichen Praxis oder zur Vermittlung der Arbeitslosen in Lehre und Arbeit (vgl. Schubert 1931).

Zu erwähnen sind an dieser Stelle auch die unterschiedlichen Maßnahmen zur „Wiederertüchtigung der Anbrüchigen“ (vgl. Büchter/Kipp 2002 b) nach dem Ersten Weltkrieg. Nachgewiesen werden kann (vgl. ebd.), dass in Kooperation mit der „modernen Krüppelfürsorge“, an die nach dem Ersten Weltkrieg die Kriegsbeschädigtenfürsorge anknüpfte, industrielle Großbetriebe Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen für Kriegsversehrte anboten. Dabei ging es vor allem darum, die noch vorhandenen Arbeitskräfte der Invaliden soweit wie möglich auszuschöpfen. In diesem Sinne nahm sich die damalige Arbeitswissenschaft bald der Frage der Rationalisierung der „Wiederertüchtigung“ an. „Anhand von Zeit- und Bewegungsstudien und unter Berücksichtigung der Ermüdungs- und Ruhegesetze wurde ermittelt, wie und unter welchen Bedingungen die Kriegsbeschädigten noch ‚das Maximum an Leistung mit dem Minimum an Kraftaufwand erreichen‘ (...) konnten“ (ebd., S. 68).

#### 4. Fazit

Mit dem vorliegenden Beitrag sollte ein Einblick in die Vergangenheit der Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Betrieben gegeben werden. Es kann angenommen werden, dass bereits vor den Forderungen nach mehr Kooperationen und Systemgestaltung in der Weiterbildung, wie sie seit dem Strukturplan des Deutschen Bildungsrates formuliert werden, ein Geflecht von Kooperationsbeziehungen in der Weiterbildung, und zwar mit unterschiedlichen Motiven und Gegenständen existiert hat. So haben Betriebe im Rahmen ihrer Personal- und Sozialpolitik und vor dem Hintergrund von Arbeitsmarkt- und Fürsorgepolitik auf verschiedene externe Einrichtungen und ihre Angebote zurückgegriffen, auch haben öffentliche bzw. betriebsexterne und zweckbezogene Einrichtungen ihrerseits Kooperationen mit Betrieben als wirtschaftliche Einrichtungen, als (potenzielle) Arbeitgeber und Verwerter von Qualifikationen gesucht.

Interessant wäre es, einzelne Kooperationsbeziehungen, -gegenstände und -motive genauer zu untersuchen und dabei der Frage nachzugehen, welche konkrete Interessen bei den Kooperationen eine Rolle spielten und wie diese verhandelt wurden, inwieweit hierbei Ideale und Ziele von Erwachsenenbildung/Weiterbildung (re-)definiert wurden und inwieweit bestimmte Kooperationsbeziehungen und -interessen Auswirkungen auf Teilnahmeverhalten und Lernatmosphären hatten.

## Literatur

- Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern (1924): Nachweiser für das deutsche Volksbildungswesen. 4. Archivbericht. Berlin
- Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern (1926): Nachweiser für das deutsche Volksbildungswesen. 8. Archivbericht. Berlin
- Bäuerle, Theodor (1923): Volksbildung und Arbeiterschaft, in: Der Bosch-Zünder, 5. Jg., Heft 1, S. 145-147
- Bäuerle, Theodor (1924): Beruf und Persönlichkeit, in: Der Bosch-Zünder, 6. Jg., Heft 3, S. 65-66
- Bäumer, Paul C. (1930): Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta). München/Leipzig
- Benda, Ernst (1927): Ertüchtigung während der Arbeitslosigkeit, in: Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsverwaltung, Teil II, 7. Jg., Nr. 22, S. 290 – 294
- Berg, Christa (Hrsg.) (1991): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band IV. 1870-1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. München
- Böhm, (o. V.) (1929): Die fachlichen Privatschulen, in: Kühne, Alfred (Hrsg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., Leipzig, S. 542-559
- Brödel, Rainer (1984): Volksbildung und Erwerbslosigkeit in der Weimarer Republik, in: Ebert, Gerhart; Pflüger, Albert (Hrsg.): Arbeitslosigkeit und berufliche Bildung. Berichte, Materialien, Planungshilfen. Pädagogische Arbeitsstelle, Deutscher Volkshochschul-Verband. Frankfurt a.M., S. 26
- Büchter, Karin (2002): Betriebliche Weiterbildung – Historische Kontinuität und Durchsetzung in Theorie und Praxis, in: Zeitschrift für Pädagogik, 48. Jg., Heft 3, S. 336-355
- Büchter, Karin (2003): Industriebetriebliche Weiterbildungspolitik und die Reaktion der Freien Volksbildung in der Weimarer Republik, in: Dewe, Bernd/Wiesner, Gisela/Wittpoth, Jürgen (Hrsg.): Erwachsenenbildung und Demokratie. Report 1/2003, S. 206-214
- Büchter, Karin (2010 a). Weiterbildung für den Arbeitsmarkt und im Betrieb. 1919-1933. Hamburg
- Büchter, Karin (2010b): Berufliche Weiterbildung 1870-1970, in: Zeuner, Christine (Hrsg.): Erwachsenenbildung. Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online. Weinheim und München
- Büchter, Karin; Kipp, Martin (2002 a). Keine Zeit für Bildung? Arbeitslosigkeit und Weiterbildung – Zur historischen Kontinuität der Restriktionspolitik und ihren Auswirkungen, in: Thedorff, Andreas (Hrsg.): Schon so spät? Zeit. Lehren. Lernen. Stuttgart, S. 37-58
- Büchter, Karin; Kipp, Martin (2002 b): Zur ‚Widerertüchtigung der Anbrüchigen‘ in der industriellen Produktion – Reintegrationspolitik und ihre ideologische Funktionalisierbarkeit am Beispiel des Ersten Weltkrieges, in: Baabe, Sabine, Haarmann, Eva Maria, Spiess, Ilka (Hrsg.): Für das Leben stärken – Zukunft gestalten. Behindertenpädagogische, vorderufliche und berufliche Bildung. Paderborn, S. 63-73
- Davis, Josef; Lüddecke, Theodor (Hrsg.) (1928): Industrieller Friede. Ein Symposium. Leipzig
- Der Bosch-Zünder (1921): Anschläge am Schwarzen Brett, 3. Jg., Heft 12, S. 327-329
- Deutscher Ausschuss für Technisches Schulwesen (DATSCH) (Hrsg.) (1914): Abhandlungen und Berichte über Technisches Schulwesen. Band V. Arbeiten auf dem Gebiete des Technischen Hochschulwesens. Leipzig, Berlin
- Deutscher Bildungsrat (1970): Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart
- Dikau, Joachim (1968): Wirtschaft und Erwachsenenbildung. Ein kritischer Beitrag zur Geschichte der deutschen Volkshochschule. Weinheim, Basel.
- Erdberg, Robert von (1910): Die Volksbildungsorganisationen in Deutschland. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, in: ders. (Hrsg.): Volksbildungsarchiv. Beiträge

- zur wissenschaftlichen Vertiefung der Volksbildungsbestrebungen. Erster Band, Berlin, S. 93-108
- Haußer, E. (o. V.) (1929): Das freie Bildungswesen für das Handwerk, in: Kühne, Alfred (Hrsg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. Im Auftrage des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin. 2. Aufl., Leipzig, S. 635-642
- Hellmich, (o. V.) (1929): Das freie Bildungswesen der technisch-wissenschaftlichen Verbände, in: Kühne, Alfred (Hrsg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. Im Auftrage des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin. 2. Aufl., Leipzig, S. 624-634
- Honigsheim, Paul (1921): Übersicht über die bestehenden Volksbildungseinrichtungen und -strömungen, in: Wiese, Leopold von (Hrsg.): Soziologie des Volksbildungswesens (S. 80-125). München, Leipzig: Duncker u. Humblot.
- Industrie- und Handelskammer (IHK) Altona (1926): Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Altona für das Jahr 1926. Altona-Blankenese.
- Industrie- und Handelskammer (IHK) Altona (1928): Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer zu Altona für das Jahr 1928. Altona-Blankenese
- Keiser, G. (1928): Bildungsarbeit an Erwerbslosen, in: Freie Volksbildung, 3. Jg., Heft 3, S. 174-189
- Laack, Fritz (1984): Das Zwischenspiel freier Erwachsenenbildung. Hohenrodter Bund und Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung in der Weimarer Epoche. Bad Heilbrunn
- Langewiesche, Dieter (1989): Erwachsenenbildung, in: ders./Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band V. 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München, S. 337-370
- Lipsmeier, Antonius (2010): Prolegomena einer Geschichte der beruflichen Weiterbildung von den Anfängen bis 1945, in: Birkelbach, Klaus/Bolder, Axel/Düsseldorff, Karl (Hrsg.): Berufliche Bildung in Zeiten des Wandels. Hohengehren, S. 20-34
- Osrn-Nachrichten (1923): Billige Feierstunden, 5. Jg., Nr. 9, S. 44
- Rauecker, Bernhard (1922): Die Berufsfreude im modernen Wirtschaftsleben. Berlin
- Reh, Sabine (1995): „Man gibt uns Unterricht statt Brot“. Arbeitslosenbildung zwischen Arbeitsmarktpolitik und Wohlfahrtspflege in Hamburg 1914-1933. Hamburg
- Schmoller, Gustav (1888). Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Band XIV. Leipzig
- Schönhaar, R.(o. V.) (1920): Gedanken über Volksbildung, in: Der Bosch-Zünder, 2. Jg., Heft 12, S. 268-270
- Schubert, I. (o. V.) (1931): Zur Frage der Umschulung von Erwerbslosen, in: Soziale Praxis, 40. Jg., S. 1154-1158
- Seitter, Wolfgang (2007): Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung. 3. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Bielefeld
- Wagner, Ludwig (1920): Volksbildung, in: Werkzeugzeitung der BASF, 8. Jg., Nr. 4, S. 38-39